



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

x: Politischer Monatsbericht.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

wenn die autorisirte Uebersetzung binnen einem Jahre nach Erscheinen des Originals begonnen ist, enthält nach anderer Richtung eine Härte, welche der deutsche Autor oft zu seinem Nachtheil empfindet. Indes auch diese Bestimmung ist Grundlage der internationalen Verträge geworden, ihre einseitige Abänderung kann ohne neue Verwirrung und Rechtlosigkeit nicht herbeigeführt werden, und es ist darum das gegenwärtige Gesetz mit gutem Grund nicht für geeignet erachtet worden, darin Abhilfe zu schaffen. Werth und Bedeutung desselben liegen vielmehr darin, daß es den schwankenden und unsicheren Rechtszustand, welcher durch die Gesetzgebungen der einzelnen deutschen Staaten und die sehr verschiedenen Interpretationen derselben vermittelt der Richter bewahrt wurde, zu beseitigen verheißt. Und es ist darum im Ganzen ein gutes Gesetz, weil es den gegenwärtigen Zustand des literarischen Verkehrs, und die lebendigen Wancen des Geschäfts in billiger Abwägung der divergirenden Interessen fixirt. Ein Reformiren bestehender Verhältnisse des Buchhandels und der Autorrechte wird der hohe Reichstag nicht für seine Aufgabe halten; gewährt derselbe dem literarischen Markt einheitliches Gesetz, welches bestehende Gewohnheiten regelt und die Interessenten befriedigt, so darf man ruhig der Zukunft und neuen mächtiger werdenden Bedürfnissen die Fortbildung durch spätere Acte der Gesetzgebung überlassen.

### Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, den 24. März.

Die im Sommer 1867 gewählte norddeutsche Volksvertretung ist in den abgewichenen Wochen zum letzten Mal zusammengetreten. Die bisherige Thätigkeit des ersten, auf festem Grunde stehenden deutschen Parlaments war erfreulich genug gewesen, um denen, die ihre Zeugen waren, den Abschied schwer zu machen und Wünsche für eine möglichst conforme Erneuerung des Reichstags zu zeitigen. Es scheint indessen, man hat uns diesen Abschied leicht machen, man hat thatsächlich beweisen wollen, daß die constituirende Versammlung von 1867 gut daran gethan, die Legislaturperiode auf den kurzen Zeitraum eines Drittiums zu beschränken, Wählern und Gewählten in nicht allzu langen Terminen Gelegenheit zur Revision ihrer Meinungen und Wünsche zu bieten. Der norddeutsche Reichstag hat heuer schon bei seinem Zusammentritt das unerquickliche grämliche Gesicht gezeigt, das im Juli vorigen Jahres zum ersten Mal sichtbar geworden war und das man damals

Grenzboten I. 1870. 64

auf Rechnung der Ueberanstrengung und mancher vergeblichen Liebesmüh' geschrieben hatte. Verstimmend auf Mitspieler und Zeugen mußte von vornherein wirken, daß die Versammlung eine lange Reihe von Tagen unvollständig war und wiederholt Miene machte, in diesen Zustand zurückzusinken — jenen Demokraten zur Freude und Befriedigung, welche seit lange bekannt hatten, daß es für Vertreter eines großen Culturvolks wöchentliches Cassenbilletts im Betrage von 20 Thalern bedürfe, um sie zu ganzen Männern zu machen. Und kaum waren die peinlichen Eindrücke dieses lahmen Introitus verwunden, so wurde ein Mißgriff begangen, über dessen Unverantwortlichkeit eigentlich alle Zweifel ausgeschlossen sind, der für disputabel nur gelten kann, weil wir am Anfang unserer politischen Lehrjahre stehen. Dieser Mißgriff war die von der national-liberalen Partei unternommene Motion in der badischen Frage.

Schon der Tag, an welchem die bevorstehende Einbringung derselben von den Zeitungen angekündigt wurde, war den Freunden der nationalen Sache ein Tag peinlicher Verwunderung. Von der beabsichtigten Adresse war Abstand genommen worden, sobald man in Erfahrung gebracht, daß das Bundespräsidium dieselbe aus diplomatischen Gründen nicht für opportun erachte, — Berliner Correspondenten nationaler Blätter hatten die von der freiconservativen Partei ausgegangene Unregung zu dieser Adresse sogar als Symptom unzeitigen Eifers gescholten. Was war geschehen, um die nationale Partei über Nacht anderen Sinnes zu machen? Bei einer Adresse wäre die Möglichkeit allgemeiner Wünsche und Hoffnungen offen geblieben jetzt sah man es auf eine Resolution ab, die einer Interpellation des Bundeskanzlers täuschend ähnlich sah! Hatte dieser seine Haltung geändert oder war irgend etwas geschehen, das dem Leiter der nationalen Politik plötzlich Vertrauen und Unterstützung seiner liberalen Bundesgenossen entzogen, die gesammte Situation in ihr Gegentheil verändert hatte? Nichts von dem Allem: ganz im Allgemeinen fühlte man das Bedürfnis, fromme Wünsche, wie sie in Volksversammlungen üblich und am Platz sind, durch das Parlament formuliren zu lassen, dem Bundeskanzler bei Gelegenheit zu sagen, die seit den letzten Jahren von ihm verfolgte Politik sei eigentlich falsch gewesen und nicht in Bayern, sondern in Baden sei mit der Ueberbrückung der Mainlinie der Anfang zu machen. Seiner guten und ehrlichen Absicht war man sich dabei natürlich bewußt, der Zustimmung der Freunde im Süden gleichfalls: daß die Verhandlung vor den Augen und Ohren von ganz Europa geführt wurde, war ja nur ein beiläufiges Moment und daß auf diese Weise die bisherige Bundespolitik nicht gefördert sondern gekreuzt werde, konnte im Ernst doch nicht behauptet werden, da die national-liberale Partei als gut intentionirt

bekannt und außerdem gern bereit war, das aufgenommene Problem, wenn erforderlich, auch wieder fallen zu lassen.

An der guten Absicht derer, die so raisonnirt und auf Grund dieses Raisonnements gehandelt haben, ist freilich nicht zu zweifeln. Aber wenn irgendwo, so ist in der Politik der Weg zur Hölle mit guten Absichten gepflastert. Auch uns ist lange Zeit zweifelhaft gewesen, ob die Devise „Erst Bayern, dann Baden“ die richtige ist, auch wir sind um ernste Gründe, die gegen diese Formulirung sprechen, noch gegenwärtig nicht verlegen; aber es hat uns für das Alphabet parlamentarischen Menschenverstandes gegolten, daß nicht alle Dinge, die man auf dem Herzen hat, an allen Orten gesagt werden können, und daß es widersinnig ist, einer Politik, die man unterstützen will, Schwierigkeiten zu bereiten. Sache der systematischen Opposition ist es, einer Regierung öffentlich Fragen über ihre künftige auswärtige Politik vorzulegen und die gegen ihre bisherige Haltung sprechenden Argumente wohlformulirt von der Tribüne in das Publikum zu werfen. War die nationalliberale Partei in einer Frage von so eminenter Wichtigkeit, wie der süddeutschen, allen Ernstes der Meinung, daß Graf Bismarck falsche Wege gehe, so hätte sie das vor zwei Jahren an gehöriger Stelle sagen, und wenn ihre Worte keine gute Statt fanden, dem Bundeskanzleramt in aller Form ihre Unterstützung kündigen sollen; hielt man es im gegenwärtigen Augenblicke für nothwendig, die Alternative „Baden oder Bayern“ noch ein Mal in Erwägung zu ziehen, so war eine private Auseinandersetzung der Parteiführer mit dem Bundeskanzleramt am Platz. Nichts von dem Allen ist geschehen, man hat die Dinge Jahr aus und Jahr ein den Weg nehmen lassen, welcher ihnen vom Berliner Cabinet angewiesen worden, man hat bei jeder Gelegenheit wiederholt, die nationale Partei befinde sich in vollem Einverständnis mit der auswärtigen Politik des leitenden Staatsmanns: plötzlich aber besinnt man sich eines Besseren, tritt unerwartet mit der Behauptung hervor, die bisher gegangenen Wege könnten nimmer zum Ziel führen, mit der Aufnahme Badens müsse der Anfang zur Lösung der süddeutschen Frage gemacht und solches allem Volk verkündet werden. Und um das Maß des Unbegreiflichen voll zu machen, versichert man mit demselben Athem, der diese plötzliche Erleuchtung kund thut, die nationalliberale Partei sei nach wie vor zur Unterstützung des Bundeskanzlers bereit, ihres Vertrauens zu demselben wohl bewußt, ja sie finde es unbegreiflich, daß der Minister ihre wohlgemeinten Rathschläge für ein Mißtrauensvotum nehme. Was heißt Mißtrauensvotum einer parlamentarischen Partei? Doch wohl die öffentlich ausgesprochene Meinung, der leitende Staatsmann gehe auf falschem Wege! Die Ausrede, daß man über das Ziel einig, nur über die zweckentsprechenden Mittel verschiedener Meinung sei, hat — so weit wir sehen können — im

vorliegenden Fall keinen Sinn. In großen internationalen Fragen hängen Zweck und Mittel so eng mit einander zusammen, daß man sich entschließen muß, Ja oder Nein zu sagen, die diplomatische Action einer Regierung ganz oder gar nicht zu unterstützen. In England und Belgien — und die Heranziehung von Analogien mit diesen constitutionellen Musterstaaten ist ja grade unseren Liberalen zur Gewohnheit geworden — würde jeder Minister des Auswärtigen, Leute, die ihn ohne vorhergegangene Verständigung über die letzten Ziele seiner Politik vor offenen Thüren interpelliren, seine Handlungsweise rectificiren wollten, für seine schlimmsten Feinde halten; wollten diese Leute sich hinter ihre guten Absichten verschanzen, so würde man ihnen spöttisch zur Antwort geben, daß für solche zarte Empfindungen auf dem rauhen Boden des wirklichen Lebens kein Platz sei, daß in der Politik überhaupt nur Handlungen in Betracht kämen.

Wie weit man bei uns davon entfernt ist, diese einfachen Dinge bei ihren einfachen Namen zu nennen, zeigt das Verhalten, welches die meisten Organe der deutschen Presse in der vorliegenden Angelegenheit beobachtet haben. Statt zu untersuchen, ob es schicklich und zulässig ist, von befreundeter Seite den Staatsmann, den man unterstützen will, unvorbereitet für sein bisheriges Verhalten zur Rechenschaft zu ziehen und Vorschläge zur Correctur desselben zu verlautbaren, ergeht man sich in Erörterungen darüber, ob die Aufnahme Badens in der That nicht ein Fortschritt zur Einigung Deutschlands gewesen wäre. Als ob es sich darum, als ob es sich überhaupt um etwas Anderes, als die Frage gehandelt hat, wie principielle Unterstützung und thatsächliche Infragestellung einer Politik mit einander zu vereinigen sind? Und was war überhaupt beabsichtigt? Auf die Handlungsweise des Bundeskanzlers einzuwirken, wird man schwerlich im Sinn gehabt haben — die Zurücknahme des Lascker'schen Antrags leistet uns dafür Bürgschaft. Welche andere Wirkungen hat man beabsichtigt? Die einzige mit Händen greifbare Wirkung ist die Erschwerung der Lage der badischen Regierung gewesen. Wenn dieselbe im Stande ist, auch den Schwierigkeiten zu trotzen, welche ihr neuerdings durch ihre Berliner Freunde bereitet worden, so wird man den Herren Jolly und v. Beyer das Zeugniß einer wahrhaft unvergleichlichen Geschicklichkeit und einer Energie ausstellen müssen, die zu erwarten, auf die zu rechnen wir kaum ein Recht haben.

Die Debatte über die süddeutsche Frage wäre hinreichend gewesen, auch bei sonst glänzenden Aspecten einen peinlichen Schatten auf die heurige Reichstagsession zu werfen. Aber die Aspecten sind nichts weniger als günstig. Das Zustandekommen des norddeutschen Strafgesetzbuchs ist durch den Beschluß über die Abschaffung der Todesstrafe, das Gesetz über den Schutz des literarischen Eigenthums durch die Wunderlichkeiten unserer Frei-

händler in Frage gestellt worden. Daß die preussische Regierung von der Beibehaltung oder Abschaffung der Todesstrafe abhängen lassen will, ob sie den Entwurf zum Gesetz werden läßt oder nicht, ist von vorn herein wenig ermuthigend gewesen und daß der Bundeskanzler für nothwendig gehalten, sich zu dieser Frage zu äußern und auf die gouvernementale Lösung derselben mit einer Wucht zu drücken, die wir sonst nur bei großen, eminent politischen Fragen gewohnt sind — das wird die Verständigung nicht eben erleichtern. Und doch hat uns schon die Eile, mit welcher die Vorarbeiten zu diesem Gesetzentwurf betrieben worden, deutlich gesagt, wie viel auf die schnelle Annahme desselben ankommt, wie wichtig es ist, die legislative Arbeit der Organe des neuen Bundes unausgesetzt ihren Fortgang nehmen zu lassen. — Noch bewölktter sind die Aussichten für das Zustandekommen des andern, des Gesetzes über das literarische Eigenthum, auf welches die Blicke deutscher Verleger, Schriftsteller und Künstler seit Jahren gerichtet sind, dessen Schicksal für die Beurtheilung der gegenwärtigen Legislaturperiode geradezu maßgebend sein wird. Selbst wenn von den waghalsigen Forderungen unserer radicalen Freihändler der größte Theil zurückgenommen wird, bleibt reiche Ursache zu Befürchtungen für den Ausgang übrig und jedes neue Amendement, über welches die Berliner Zeitungen berichten, macht den zahllosen Anhängern der Grundprincipien des Entwurfs das Herz schwer, den Feinden der nationalen Gesetzgebung den Sinn leicht. Handelt es sich im vorliegenden Fall doch recht eigentlich darum, den Satz wahr zu machen, daß der Gesetzgeber nicht neue theoretische Wahrheiten ausfindig zu machen, sondern die vorhandene Rechtsüberzeugung der Nation zu formuliren, die Resultate der bisherigen Entwicklung einheitlich zusammen zu fassen habe. Alle Sachkundigen wissen, daß bei der kosmopolitischen Natur der deutschen Literatur und ihres Marktes eine wirkliche Wahrung der Interessen unserer Schriftsteller, Künstler und Verleger nur möglich ist, wenn auf dem bereits gewonnenen Boden weitergebaut und zwar so gebaut wird, daß die Fassade des neuen Gebäudes sich an die Mauern der Gesetzgebungen anderer Staaten schließt, mit diesen eine Gasse bildet. Statt sich an dieser Aufgabe, deren Grenzen deutlich umschrieben sind, genügen zu lassen, muthet der Eifer gewisser Volkswirthe uns zu, all' die bisher giltigen Anschauungen über literarisches Eigenthum kritischer Revision zu unterziehen und unter die Gesichtspunkte des Freihandels und der möglichst wohlfeilen Güterproduction zu stellen. — Ob die öconomische Wissenschaft abgeschlossen genug ist, um schon jetzt berechtigten Anspruch auf unbedingten Gehorsam gegen ihre Doctrinen zu haben, mag zunächst unerörtert bleiben: Thatsache ist, daß in den Staaten, welche für unsern Büchermarkt in Betracht kommen, andere Anschauungen über literarisches Eigenthum gelten, als in der Manchester-school und daß mit diesen und den bisher bei uns giltigen

Anschaunungen zu rechnen ist. Es handelt sich nicht darum, für eine neue Auffassung der Frage in Deutschland Bahn zu brechen, sondern zunächst in gleiche Linie mit den übrigen Culturvölkern zu rücken, unsere Verleger, Schriftsteller und Künstler durch ein allgemein giltiges Gesetz der Borthetheil theilhaft zu machen, von deren vollem Genuß sie allein in Europa bisher ausgeschlossen waren. Wenn es dereinst der öconomischen Wissenschaft gelungen ist, ihre Lehrsätze der bisher giltigen Auffassung zu substituiren, so wird eine Rückwirkung dieses Processes auf die Gesetzgebung nicht lange auf sich warten lassen: heute sind wir so weit noch nicht und kann es unsere Sache nicht sein, die künftige Rechtsüberzeugung der Nation zu anticipiren. — Sollte es wirklich dazu kommen, daß der Gesetzentwurf über literarisches Eigenthum im Reichstage stecken bleibt, so provociren die gegenwärtigen Glieder seiner Majorität ein Urtheil, das an ihren Verdiensten von 1868 und 1869 ohne Gedächtniß vorübergehen wird. Die Neuwahlen stehen so direct vor der Thür, daß der Ausgang der gegenwärtigen Session unvergleichlich größere Bedeutung hat, als der der früheren Versammlungen: die letzten Eindrücke, welche auf die Wähler gemacht werden, können nicht nur für die neu zu wählenden Glieder des Parlaments sondern für unser gesamtes neues Staatswesen verhängnißvoll werden.

Die für den Sommer ausstehenden Neuwahlen werden dem Zollparlament ebenso gelten, wie dem Reichstage. Süddeutschland wird in einem Zeitpunkt an die Wahlurne treten, der der nationalen Sache wenig Gunst zu verheißen scheint. Wenn es den badischen Ultramontanen schon vor drei Jahren gelang, eine unerwartet große Anzahl ihrer Candidaten durchzusetzen, so müssen wir uns — zumal nach dem letzten Berliner Ereigniß — darauf gefaßt machen, dieses Mal noch schlimmere Dinge in dem Lande zu erleben, das den zuverlässigsten nationalen Vorposten zwischen Main und Alpen bildet. Zu hoffen bleibt höchstens, daß man in den liberalen Kreisen der damals empfangenen Lektion eingedenk bleiben und trotz der erschwerten Lage des Ministeriums Jolly die Wiederkehr von Secessionen im Offenburger Styl unmöglich machen werde. Was Bayern und Württemberg anlangt, so können die Leute leicht Recht behalten, welche ein particularistisches Schreckensende der gegenwärtigen Wirthschaft des Schreckens ohne Ende vorziehen. Die Angriffe der schwäbischen Demokraten und Großdeutschen gegen das württembergische Wehrgesetz und den Minister von Wagner, welche uns schon vor Wochen signalisirt wurden, haben nicht auf sich warten lassen; sie liegen in der Gestalt wohlformulirter, von 40 Kammermitgliedern unterzeichneter Anträge einer Commission vor, welche sich ihnen aller Wahrscheinlichkeit nach rückhaltlos anschließen wird. Möglich daß es Herrn von Barmbühler gelingt, das Schlimmste abzuwenden und seine befreundeten Gegner mit einer Abschlags-

zahlung hinzuhalten — daß die Stellung des Kriegsministers unhaltbar geworden ist, wird von allen Seiten bestätigt. Die kleine nationale Partei in Stuttgart wird natürlich ihr Möglichstes thun, um wenigstens die Principien zu retten, auf denen die neue Wehrverfassung Würtembergs beruht: ihre Pflicht erheischt, der Eventualität eines directen Bruchs mit dem Norden vorzubeugen. Sauer genug mag den entschiedenen unter unsern Freunden am Neesenbach die Erfüllung dieser Pflicht aber werden; im günstigsten Fall wird die unter den Eindrücken von 1866 unternommene Militärreorganisation dazu verurtheilt sein, ein schwindlüchtigtes Dasein zu fristen, mit dem Niemand gedient ist, als den gegenwärtigen Machthabern über das souveräne schwäbische Volk. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, beschränken unsere Hoffnungen sich darauf, daß der Bogen, der sich nicht biegen will, breche, — möglichst bald und mit möglichst viel Glat breche. Das Zerren und Mörgeln an den im Herbst des Jahres 1866 abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnissen hat in Württemberg schon seit Jahr und Tag einen unerträglichen Grad erreicht; mögen die Weisen, die Stuttgart für den Nabel der Erde, Herrn Karl Mayer für die Incarnation deutscher Staatsweisheit halten, den Lohn einernten, der des Schweißes dieser Colen allein werth ist — die vollständige Isolirung der 354 □ Meilen deutscher Erde, die ihnen das ganze Vaterland, die ganze Welt bedeuten. An der Grenze ihres Wißes werden die Herren erst angelangt sein, wenn sie vor frisch gestrichenen Zollbarrieren stehen und Gelegenheit haben, ihren Römermuth auf die Probe des tarpejischen Felsen zu stellen. — In Bayern ist es so weit noch nicht gekommen und trotz der Kolb'schen Anträge wird der blau-weiße Patriotismus sich wohl noch für eine Weile mit dem Bekenntniß begnügen müssen, „die Kraft ist schwach, jedoch die Luft ist groß“. Graf de Bray hat sich nach allen Seiten hin als Vertreter eines juste milieu vorgestellt, das keinen Schritt vorwärts, aber auch kein Stück zurück gehen, mit anderen Worten, von der Hand in den Mund leben will. Das bedingt freilich, daß diese Hand frei bleibe von lästigen Fesseln, mögen dieselben beschaffen sein, wie sie wollen. Die Bequemlichkeit dieser Politik steht außer Frage, — ihre Nützlichkeit ist minder und am wenigsten vom bayrischen Standpunkt einleuchtend. Das schwache Band, das die Wittelsbacher Dynastie mit den heterogenen Provinzen verbindet, die sich den bayrischen Staat nennen, muß schwächer und immer schwächer werden, wenn diese Dynastie keine andere Energie als die absoluter Passivität bethätigt, wenn den Staatsangehörigen täglich direct und indirect zugerufen wird, dieser Staat sei zu schwach, um selbständige Politik treiben zu können, zu stark und zu groß, um das Glied eines fremden, nicht specifisch bayrischen Organismus werden zu können. Dem verschämten Bankerott, der sich hinter dieser Formel verbirgt, muß über kurz oder lang der öffentliche Bankbruch folgen und von den Gläu-

bigern an die bairische Concurssmasse werden in der Stunde der Entscheidung nur die Anhänger des starren Einheitsstaats privilegirte Forderungen aufzuweisen haben.

Die Lage, in denen die bairische Krisis flagrant war, wußten Mancherlei von österreichischen Einflüssen auf das bairische Herrenhaus und von besonders lebhaftem diplomatischem Verkehr zwischen den Cabinetten von Wien und München zu erzählen. An und für sich sollte man glauben, die k. k. Hofburg sitze tief genug in Verlegenheiten, um für große und kleine Geschäfte bei den Nachbarn keine Zeit übrig zu haben. Das neue cisleithanische Cabinet offenbart eine Hilfs- und Rathlosigkeit, welche Alles überbietet, was wir in dieser Beziehung auf österreichischem Boden erlebt haben. Der Versuch zu Verhandlungen mit den czechischen Parteiführern ist so kläglich gescheitert, daß die officiöse Presse ihr Heil in der Nothlüge suchen mußte, dieser Versuch sei niemals ernsthaft gemeint gewesen. Wenn die Einführung des Herrn Dittrich in die Prager Bürgermeisterei und das Ende des Strikes der Wiener Zeitungsetzer registriert sind, ist die österreichische Chronik für den März 1870 erschöpft — die Nachricht, daß Giskra resignirt habe, wird noch der Bestätigung bedürfen. — Selbst auf den Gang der türkisch-montenegrinischen Grenzstreitigkeiten hat Oestreich nicht bestimmend einwirken können; gegen sein Interesse und sicher gegen seinen Willen soll die Grenzregulirung durch eine Conferenz von Consuln der europäischen Großmächte vorgenommen werden — ein Modus, bei dem die Pforte bisher regelmäßig den Kürzeren gezogen hat.

Eine andere, für Oestreich gleichfalls nicht unwichtige Streitfrage ist in den letzten Tagen im Sinn und Interesse der Pforte geschlichtet worden, jener bulgarisch-griechische Kirchenstreit, dessen wechselvollen Phasen die orthodoxe morgenländische Christenheit seit Monaten mit Spannung gefolgt war. Ueber das Wesen dieses Streits und die wichtigsten Differenzpunkte ist in diesen Blättern bereits wiederholt berichtet worden. Wie in der Mehrzahl der slavischen Länder, so war auch in der Bulgarei seit Jahrhunderten aller kirchliche Einfluß in griechischen Händen gewesen. Der bulgarische Eparch wurde von dem griechischen Patriarchen Constantinopels ernannt, war diesem in allen Angelegenheiten von einiger Bedeutung verantwortlich und untergeben; die von diesem Geistlichen ernannten Bischöfe und sonstigen Cleriker standen natürlich gleichfalls in stricter Abhängigkeit von den Griechen, welche ihre Machtstellung in der Regel zu selbstischen Zwecken ausbeuteten. Seit einigen Jahren ist unter den Bulgaren eine national gefärbte Reaction gegen die kirchliche Herrschaft der Griechen eingetreten, die in der Forderung gipfelte, der bulgarische Eparch und die Bischöfe des Landes sollten nicht von der griechischen, durch den Patriarchen geleiteten Central-Synode, sondern von der einheimischen Geistlichkeit des

Landes gewählt werden und wesentlich dieser verantwortlich sein; außerdem wurden die Abhaltung des Gottesdienstes in bulgarischer Sprache, Einfluß der Gemeinden auf die Priesterwahl u. s. w. gefordert. Die hohe Pfordte, die keine Gelegenheit zur Schwächung des griechischen Einflusses unbenuzt läßt, erwies sich den bulgarischen Ansprüchen um so freundlicher, als dieselben u. A. forderten, der Exarch und die Bischöfe sollten nicht vom Patriarchen, sondern vom Sultan bestätigt werden. Die Hartnäckigkeit, mit welcher der Patriarch und dessen Synode der bulgarischen Petition das übliche „Non possumus“ entgegensetzten, goß Del ins Feuer und schon im vorigen Sommer war die gegenseitige Erbitterung der Gemüther so weit gediehen, daß in den bulgarischen Kirchen öffentlich um Befreiung vom griechischen Joch und — *incredibile dictu* für die Gesundheit des Sultans, des Schirmherrn bulgarischer Kirchenfreiheit, gebetet wurde.

Die türkischen Minister nahmen sich der Sache der bulgarischen Nationalkirche immer nachdrücklicher an und brachten den Patriarchen Gregorius dadurch in so peinliche Verlegenheit, daß derselbe sich auf den Rath des russischen Gesandten Ignatzew nach Petersburg wandte und von der dortigen Oberkirchenbehörde die Einberufung eines allgemeinen, griechisch-orthodoxen Concils zur Entscheidung der obschwebenden Streitfrage erbat. Rußland hat an den griechischen Patriarchen in Constantinopel zu allen Zeiten eifrige Freunde seiner orientalischen Politik gehabt und von jeher großes Gewicht darauf gelegt, die kirchlichen Angelegenheiten des gesammten rechtgläubigen Morgenlandes in den Händen dieses Kirchenfürsten concentrirt zu sehen. Man nahm darum ziemlich allgemein an, der Hilferuf des Patriarchen werde in Petersburg offene Ohren finden und zu der Einberufung eines rechtgläubigen Concils in Kiew führen, wie es von Panslavisten und Slavophilen seit lange eifrig gewünscht worden war. Aber es kam anders: auf Weisung der Regierung lehnte der Petersburger „allerheiligste Synod“ den Vorschlag des Patriarchen ab, indem er auf die mögliche Eventualität eines förmlichen Abfalls der Bulgaren von der morgenländischen Kirche hinwies und in allgemeinen Redensarten zu Frieden, Versöhnlichkeit u. s. w. mahnte. Die Bemühungen des Patriarchen die Synoden von Belgrad, Athen, Bukarest oder Karlowitz zur Einberufung des Concils zu vermögen, scheinen gleichfalls gescheitert zu sein, denn wie die neuesten Posten melden, hat die „Turquie“ einen großherrlichen Ferman publicirt, der einen vom öcumenischen Patriarchen unabhängigen bulgarischen Exarchen ernennt und diesem die selbständige Leitung der Angelegenheiten seiner Diöcese überträgt. Damit ist ein Sieg des türkischen über das griechische Interesse entschieden, der schon als Präcedens ins Gewicht fällt und allenthalben in der panslavistischen — wenn auch nicht der slavischen — Welt peinlich berühren wird. — Gleichzeitig hat die Pfordte

Grenzboten I. 1870.

erklärt, von ihrer Oberherrlichkeit über die armenische Kirche nichts vergeben und den bezüglichen Ansprüchen der Curie zu ihrem Bedauern (Papst und Sultan sehen sich bekanntlich als Bundesgenossen gegen Moskau an) keine Zugeständnisse machen zu können. — Die Versuche Roms, die Macht-sphäre des armenischen Patriarchen zu beschränken, sind bekanntlich bei allen Gläubigen dieser Gemeinschaft auf entschiedenen Widerstand gestoßen und haben viel böses Blut gemacht.

Aus seiner Zurückhaltung in Sachen auswärtiger Politik ist Rußland auch während des abgelaufenen Monats nicht heraus getreten. Einen Augenblick schien es, als habe die in Paris erschienene, vom Brüsseler „Nord“ patronisirte Brochure „L'impasse politique“ mit ihren russisch-französischen Alliance-wünschen die Bedeutung eines nach Westen ausgeworfenen russischen Fühlers. Ein Dementi des Journal de Saint Petersburg hat die Fabel von dem officiösen Ursprung dieser Schrift widerlegt, das Gerede über dieselbe nur den einen Effect gehabt, die Sympathien der gesammten russischen Presse für ein russisch-französisches Zusammenstehen gegen Preußen zu constatiren. Ohne Unterschied der Parteisfarbe haben die in Moskau und Petersburg erscheinenden Zeitungen erklärt, ein gegen den zunehmenden Einfluß der deutschen Race gerichtetes Bündniß mit Frankreich habe, weil es den russischen nationalen Interessen entspreche, auf die Sympathien des gesammten Volks zu rechnen. Freilich haben diese Organe der öffentlichen Meinung zugleich eingestehen müssen, daß das Gespenst der polnischen Frage zur Zeit noch zwischen Rußland und den westeuropäischen Culturvölkern stehe und daß eine dauernde Entente zwischen den Romanows und den Napoleoniden erst möglich sein werde, wenn die Wiederkehr polnischer Aufstände auch moralisch unmöglich geworden; außerdem gilt eine vorläufige Einigung über die orientalische Frage für die selbstverständliche *conditio sine qua non*. — Bis zur Erreichung dieser beiden Vorbedingungen hat es gute Wege und so lange die Mainlinie nicht überschritten wird, haben wir das Bündniß unserer westlichen mit unseren östlichen Nachbarn nicht zu fürchten: je später die süddeutsche Frage gelöst wird, desto weniger haben aber wir für diese Eventualität auf russische Freundschaft zu rechnen. — Gegenwärtig bleiben in dem Lande jenseit der Weichsel, die inneren Angelegenheiten nach wie vor auf der Tagesordnung. Die große Frage nach der sprachlichen Zukunft der polnisch-katholischen Kirche ist endlich gelöst worden; man hat sich damit begnügt, die Einführung der russischen Sprache in die katholischen Gottesdienste von dem Bestehen der einzelnen Gemeinden abhängig zu machen und damit ziemlich unverblümt eingestanden, daß die Furcht vor dem religiösen Fanatismus des polnischen, weiß- und kleinrussischen Landvolks noch größer ist, als die Lust an brutalen Vergewaltigungen. — Seit die vielbesprochene, noch immer nicht ganz aufge-

klärte Nihilistenverschwörung in den Hintergrund der Regierungssorgen getreten ist, spielt die Beschäftigung mit den ziemlich deplorablen ländlichen Verhältnissen Rußlands wieder eine große Rolle. Am 19. Februar (3. März) d. J. war die neunjährige Uebergangsfrist, welche den Zustand vollständiger Unfreiheit mit dem ebenso unbeschränkter Freiheit der Bauern vermitteln sollte, abgelaufen und alle Welt sah der prophezeiten großen Wanderung aus dem unfruchtbaren Norden in den reichen Süden mit Spannung entgegen. Absolute Regierungen wissen sich in solchen Fällen leichter zu helfen, als durch feste Rechtsnormen gebundene constitutionelle Ministerien; die Provinzial-Gouverneure sind angewiesen worden, den Bauern Nordrußlands das Verlassen ihrer Nahrungsstellen „auf administrativem Wege“ abzuschneiden, beziehungsweise nach Kräften zu erschweren. Für eine Weile wird das wohl vorhalten und das Weitere wird man in Erwägung ziehen, wenn man nicht anders kann, vielleicht wenn es zu spät ist. — Das große Publikum ist im Augenblick mit der Erweiterung des Eisenbahnnetzes (der Millionär Kasarew hat die Concession zu einer Schienenverbindung des Uralsees mit dem Kaspiischen Meer erworben) und mit gewissen Maßregeln gegen die Ostseeprovinzen eifrig beschäftigt. Es soll nicht nur dem deutschen Schulwesen dieser Provinzen, sondern auch dem lettisch-estnischen Volksunterricht, der bisher unter Leitung der Ritterschaften und der lutherischen Geistlichkeit stand, ernstlich zu Leibe gegangen und dadurch das deutsch-protestantische Uebel an die Wurzel gefaßt worden. Die von den Liv-Est-Kurländern unternommenen Versuche zur Wahrung ihrer überkommenen Sprache, Kirche und Verfassung haben eine neue Niederlage erlitten; wie die Petersburger Blätter melden, ist die von dem livländischen Landtage beschlossene Rechtsbewahrung auch dieses Mal vom Kaiser zurückgewiesen worden — es scheint den Bewohnern der baltischen Küste soll das Vertrauen in die Unparteilichkeit der Regierung ein für alle Mal benommen werden.

Daß die seit den letzten sieben Jahren verfolgte russische Vergewaltigungspolitik der Hauptgrund für die instinctive Abneigung aller europäischen Culturvölker gegen Bündnisse mit der Petersburger Regierung ist, beginnt man übrigens auch in Petersburg und Moskau allmählig einzusehen. Zunächst freilich im Hinblick auf Frankreich, wo das todtgesagte Polen noch immer mächtig genug ist, um eine russische Alliance unmöglich zu machen. Von England weiß man sich für alle Zeiten durch Verschiedenheit der Interessen im europäischen und asiatischen Osten geschieden und wesentlich aus diesem Grunde macht die russische Presse von ihrer Schadenfreude über die zunehmende Verwirrung in Irland kein Hehl. In der That gewinnt dieselbe immer bedrohlichere Proportionen und der wilde Haß der irländischen Landbevölkerung gegen den herrschenden und besitzenden Stamm steht in

wunderlichem Contrast zu der Seelenruhe, welche das britische Unterhaus bei den Verhandlungen über die Pachtreform gezeigt hat. So viele Blößen die Vorlage auch hat, die Opposition ließ sich an lahmen Scheinangriffen auf dieselbe genügen und die Freunde stimmten zu, wesentlich weil sie nichts Besseres zu bieten wußten. Die für die grüne Insel decretirten Ausnahmestände werden den wildentbrannten Raçen- und Interessenkampf wenigstens zunächst ebensowenig zum Schweigen bringen, wie die neuen Gesetze über Pachttermine und Meliorationsentschädigungen. — Neben den Ersparungen für Armee und Flotte, welche dem Parlament zugestanden worden, hat das Forster'sche Unterrichtsgesetz eine gewisse Rolle gespielt. Dixon's Versuch, das Problem auf continentale Weise zu lösen und die confessionslose Volksschule ohne jede Rücksicht auf den Willen der Gemeinden und Ortsvorstände zu decretiren, ist an der Festigkeit der altenglischen Traditionen gescheitert und Mr. Forster hat alle Aussicht auf eine im Wesentlichen unveränderte Annahme seines Plans.

Vielleicht Spanien allein ausgenommen, wo das Duell Montpensiers mit dem Infanten Enrique eine neue Phase der Thronfrage eingeleitet hat, ist die katholisch-romantische Welt während des letzten Monats vorwiegend mit dem verhängnißvollen Dogma beschäftigt gewesen, welches der katholischen Kirche unter Beihilfe des Concils octroyirt werden soll. Selbst in Frankreich prävaliren seit dem verhängnißvollen 24. Februar, dem Tage, an dem Olivier mit den Arcadiern offen brach, — die kirchlichen Interessen vor den politischen. Die Entschiedenheit, mit welcher die Regierung ihr Programm nach rechts hin abgrenzte, hat die Stellung Oliviers nach beiden Seiten hin befestigt, den Wogen revolutionärer Erregung wenigstens für eine Weile ebenso Schweigen geboten, wie den unermüdlischen Intriguen Rouhers und der Reactionäre, die sich nur noch im Senat recht heimisch fühlen. Die Partei der Arcadier fühlt sich so gründlich bei Seite geschoben, daß sie ohne Rücksicht auf ihre stolze Vergangenheit gute Miene zum bösen Spiel macht und gelegentlich das Bedürfniß zeigt, ein gewisses Verständniß für die veränderten Bedürfnisse des kaiserlichen Frankreich zu beweisen; das überraschende Resultat bei der Abstimmung über die Zukunft Algiers spielt in dieser Rücksicht die Rolle eines Zeichens der Zeit. — Auf kirchlich religiösem Gebiet hat das neue Cabinet sich weder so einig, noch so entschlossen gezeigt, wie im Kampf mit den feindlichen politischen Parteien. Daru's Bedürfniß, Ehre und Einheit der katholischen Kirche um jeden Preis, selbst um den einer Compromittirung der Unabhängigkeit Frankreichs in kirchlicher Beziehung, zu wahren steht mit Oliviers Nichtinterventionsprincip in ausgesprochenem Gegensatz und nur die gebieterische Nothwendigkeit, die mit vereinten Kräften erzielten politischen Resultate in Händen zu behalten, zwingt

die beiden Führer der gegenwärtigen französischen Regierung dazu, der Frage nach den Beziehungen zu Rom eine bloß secundäre Rolle anzuweisen. In Rom selbst scheint der Sieg der Jesuitenpartei so ausgemachte Sache zu sein, daß die Ereignisse wahrscheinlich Daru's Absichten überholen und der Ollivierschen Auffassung das Uebergewicht sichern werden. Was weiter geschieht, liegt außerhalb des Bereichs der Berechenbarkeit; nachdem Katholiken von der Entschiedenheit des Pater Gratry und des kürzlich verstorbenen Montalembert das Infallibilitäts-Dogma für einen Bruch mit der gesammten katholischen Entwicklung erklärt haben, scheint eine Katastrophe unvermeidlich zu werden. Auch für die staatlichen Verhältnisse Frankreichs, auf welche das gegenwärtige Ministerium bis jetzt unerwartet raschen Einfluß erlangt hat, wird diese Katastrophe in den mannigfachen Beziehungen von Bedeutung sein. Freilich haben wir so viel moralische Unmöglichkeiten erlebt, daß sich nicht vorherzusagen läßt, ob nicht am Ende auch die angekündigte Krönung des ultramontanen Zwing-Act von der Welt hingenommen und eine Weile ruhig ertragen werden wird.

### Literatur.

Prof. Dr. Joh. N. Czermak's populäre physiologische Vorträge. (Wien, F. Czermak 1869.)

Mit dem täglich sich steigenden Bedürfnisse nach allgemein verständlicher Belehrung in den verschiedenen Gebieten der Naturwissenschaft, welche in den letzten Jahrzehnten eine so überaus rasche Entwicklung genommen hat, wächst auch der Umfang und die Bedeutung der populären naturwissenschaftlichen Literatur. Es ist eine dankenswerthe Aufgabe gerade unserer Zeit geworden, die Resultate der Forschungen im Gebiete der Naturwissenschaft zu einem Gemeingute aller Gebildeten zu machen durch Wort und Schrift. Das lebendige Wort populärer Vorträge kommt verhältnismäßig nur Wenigen zu Gute. Die große Menge bleibt noch immer auf Belehrung durch Bücher angewiesen.

Daß auch Vertreter der strengen Wissenschaft nicht verschmähen, an dieser Arbeit Theil zu nehmen, zeigten uns neuerdings in erfreulicher Weise Czermak's im Druck erschienene populäre Vorträge.

Dieselben bieten auf dem gedrängten Raume von 120 Seiten ohne die Voraussetzung propädeutischer Kenntniß dem Leser klare, durchaus leicht faßliche Besprechungen von 3 wichtigen physiologischen Kapiteln, deren erstes vom Herzen und dem Einfluß des Nervensystems auf dasselbe, deren zweites vom Ohr und dem Hören; das dritte von Stimme und Sprache handelt.

Daß der Verf. vornehmlich bemüht gewesen ist, die Leser durch Deutlichkeit